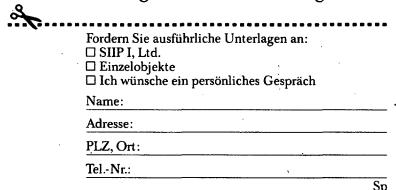
International Income Partners I, Ltd.

- Gute, laufende Rendite
 (7,5% durch den General Partner garantiert)
- Eigentumstitel an genau spezifizierten, ertragsorientierten Immobilien
- Ausgewogene Risikostreuung durch regionale Verteilung (Florida, Kalifornien)
- Erfahrung und finanzielle Stärke des General Partners
 Beteiligen Sie sich am Erfolg!





ERSTKLASSIGE US-IMMOBILIEN

Southmark (Europe) Ltd.
Bellerivestrasse 5 CH-8034 Zürich
Telefon 00411-69 37 77
Fax 00411-69 39 54 Telex 045-816 743

SUDAN

Wie Taubstumme

Bürgerkrieg zwischen christlichem Süden und islamischem Norden – Afrikas größter Flächenstaat ist in Gefahr, auseinanderzubrechen.

Gemächlich tuckerte der alte Dampfer Stromaufwärts. Um treibenden Schlingpflanzen in der Flußmitte auszuweichen, hielt der Kapitän dichter aufs Ufer zu. Plötzlich krachten Schüsse. Aus dem Dickicht nahmen unsichtbare Schützen den mit Reissäcken und Trokkenfleisch beladenen Raddampfer unter Feuer.

Der Nil-Frachter drehte um und legte wenige Stunden später wieder in Kosti an, 280 Kilometer südlich der Sudan-Hauptstadt Khartum. Der Versuch, nach Juba durchzubrechen, der von Rebellen belagerten Stadt im nichtarabischen Süden des Landes, war mißglückt.

Die Landverbindungen sind schon länger unterbrochen. Nicht einmal gepanzerte Armee-Konvois wagen sich noch ins Gefahrengebiet. Die Aufständischen können die Trasse der geplanten ersten Allwetterstraße zwischen dem Norden und dem äußersten Süden nach Belieben unterbrechen.

Mit der Zerstörung der Eisenbahnbrücke von Barbanussa war vorher schon die lebenswichtige Bahnverbindung nach Wau gekappt worden, der zweitgrößten Stadt des von christlichen und animistischen Schwarzen bewohnten Südens.

Als die Rebellen im August eine Zivilmaschine der Sudan Airways auf dem Flug nach der Garnisonsstadt Malakal mit einer Sam-7-Rakete abschossen und damit auch den Flugverkehr lahmlegten, waren die Provinzen Äquatoria, Bahr el-Ghasal und Oberer Nil, fast ein Drittel des Staatsgebiets, vollends abgeschnitten.

Der Sudan, Afrikas größter Flächenstaat, ist in Gefahr, auseinanderzubrechen. Bürgerkrieg, Wirtschaftschaos und ein Millionenheer von Hungerflüchtlingen lähmen die Regierung von Sadik el-Mahdi, dem ersten aus freien Wahlen hervorgegangenen Ministerpräsidenten seit 18 Jahren. Die Rebellen, militärisch nicht zu schlagen, stellen politische Forderungen, auf die sich die Zentralregierung kaum einlassen kann.

Unter dem Gegensatz zwischen dem islamischen Norden (13 Millionen Menschen) und dem christlich-animistischen Süden (7 Millionen) hat der Sudan seit seiner Unabhängigkeit 1956 gelitten. Für die Südsudanesen, die keine Araber sind, ist der Islam die Religion der verhaßten ehemaligen Sklavenhändler aus dem Norden. Immer wieder versuchten sie, ihre afrikanische Identität mit Waffengewalt zu verteidigen.

Den Abzug der britischen Kolonialherren empfanden sie als Bedrohung: Denn nun hatte der arabische Norden die Möglichkeit, der anderen Landeshälfte seine islamische Lebensform aufzuzwingen.

Schon 1963 begann die später von Israel, Äthiopien und Zaire ausgerüstete Separatisten-Armee, sich gegen die Zentralregierung aufzulehnen. Als die islamischen Machthaber alle christlichen Missionare des Landes verwiesen, verschärfte sich der Konflikt zu einem blutigen Unabhängigkeitskrieg.

Zwar brachte 1972 ein in Addis Abeba ausgehandeltes Abkommen zwischen den Aufständischen und dem Sudan-Diktator Dschaafar Numeiri eine Atempause: Der Süden erhielt weitgehende Autonomie, ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung.

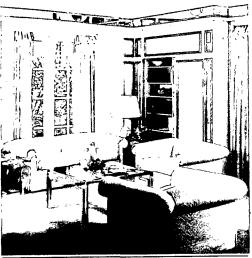


Regierungschef Mahdi Hilfe von Gaddafi

Doch nach einem mehrjährigen Burgfrieden setzte die "schleichende Arabisierung" (so der christliche südsudanesische Harvard-Professor Francis Deng) wieder ein. Mit staatlichen Geldern wurden Moscheen in Dörfern gebaut, in denen es außer zugereisten moslemischen Händlern keine Anhänger des Propheten gab. An der neuen Universität von Juba, die eigens für die Bevölkerung des Südens gegründet worden war, studierten bald mehr Nordsudanesen als Einheimische. Die Studenten aus dem Süden wichen nach Nairobi und Addis Abeba aus.

Die Regierung in Khartum beanspruchte die gerade erst entdeckten Ölvorkommen des Südens ebenso für sich wie die reichen Kupferlager der Südregion. Als dann vor drei Jahren im gesamten Staatsgebiet des Sudan die Scharia, die islamische Rechtsprechung mit Alkoholverbot, Keuschheitsgeboten und barbarischen Strafen eingeführt wurde.

DESIGN AUF INTERNATIONALEM NIVEAU



Exclusiv Wohnen, Mit klassisch-elegantem Mobiliar für alle Einrichtungsbereiche



Wir schicken Ihnen gern kostenlose Farbinformationen. Oder gegen Voreinsendung von DM 15,- Schutzgebühr das Journal Exclusiv Wohnen: Regychen Sie hitte unseren großen Showmoom (Terminvereinbarung unter Tel. 05205/7635). Verkauf nur über den Fachhandel.

MÖBELWERK A. TRÜGGELMANN GMBH & CO. KG POSTFACH 110 944/SP \cdot HEIDEGRUNDWEG 104-108 \cdot D-4800 BIELEFELD 11

Orgatechnik live. Ab 16.10. oder via Schwarz-Schilling.

Ja, Sie können die neuen "Elemente für Licht, Raum und Phantasie" jetzt auf der ORGATECHNIK in Köln live erleben. In Halle 08.2, Gang J 28. Bei einem Drink. Attraktive Technik, die überzeugt und fasziniert. Elemente, die den Raum strukturieren. Elemente, die Licht und Installationen tragen. Ästhetisch. Funktionell. Technisch perfekt. Schnell kombinierbar. Für Büros und Studios, Shops und Showrooms, Cafés und Ateliers, Galerien und Konferenzräume, Messen und Kongresse... Falls Sie nicht nach Köln kommen können, sollten Sie uns in Bremen kontakten. Telefon 0421/504064-66. Oder Telex: 174212037+. Oder Teletex: 4212037. Oder Telefax: 0421/503693. Oder Post an: STRUCTURA, Kennziffer-42, Häschenstraße 17-19, 2800 Bremen 1. Wir schicken Ihnen dann eine schöne Information. Aber noch schöner ist es, wenn Sie uns auf der ORGATECHNIK besuchen. Zu einem Drink.

fürchteten die lebensfrohen Südsudanesen, die nie vergessenen Zeiten der Greueltaten islamischer Sklavenjäger kämen wieder, die im vorigen Jahrhundert den Südsudan zu ihrem bevorzugten Revier gemacht hatten. Der bewaffnete Aufstand brach los.

Zwei Wochen nach der Ankunft der ersten Scharia-Richter in Juba fielen die ersten Schüsse. Ganze Einheiten der Armee und der Polizei liefen auseinander. Zu Tausenden desertierten christlich getaufte Soldaten und gingen in den Busch.

Die Zentralregierung antwortete mit der Kündigung wesentlicher Bestimmungen des Autonomieabkommens, ernannte einen zum Islam konvertierten Christen zum Militärgouverneur und zerstükkelte den Südsudan in mehrere Verwaltungseinheiten.

Ende 1983 brach der Bürgerkrieg voll aus. John Garang, Oberst der Sudan-Armee, organisierte eine schlagkräftige Guerilla-Truppe, die "Sudanesische Volksbefreiungsarmee" (SPLA). Der 43jährige Offizier hatte bald 20 000 Mann unter seinem Kommando.

Die militärischen Aktionen der Freischärler waren so erfolgreich, daß die Regierung inzwischen nicht einmal mehr in der Lage ist, alle eingeschlossenen Armee-Stützpunkte mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die strategisch wichtigen Garnisonen von Wau, Malakal und Juba können ohne Nachschub nur noch wenige Wochen aushalten. Da wegen der Kämpfe nur ein Bruchteil der Ernte eingefahren werden konnte, droht vor allem in den Städten eine Hungerkatastrophe.

Besonders hart betroffen sind die zwei Hunger-Millionen flüchtlinge, die sich in den letzten Jahren aus den nördlicher gelegenen Dürregebieten in den fruchtbaren Süden retteten und in Aufleben. fanglagern Denn das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die zahlreichen im Südsudan tätigen Hilfsorganisationen haben ihre Versorgungsflüge wegen der Kriegswirren eingestellt.

Auch die "Operation Regenbogen", eine geplante Luftbrücke, konnte bis Ende letzter Woche nicht anlaufen: Medikamente und 15,6 Tonnen Lebensmittel lagen in der Hauptstadt fest, weil die SPLA mit dem Abschuß der Transportmaschinen drohte.



Rebellenführer Garang (X): Mit 20 000 Mann gegen die Regierung

Ministerpräsident Sadik el-Mahdi ist ein Nachfahre jenes legendären Mahdi, der vor über hundert Jahren die angloägyptischen Kolonialherren aus dem Lande vertrieben und ein radikales islamisches Schreckensregiment errichtet hatte. Er weiß, daß er die Aufständischen militärisch nicht besiegen kann. Daher ließ er sich trotz der Proteste islamischer Ultras auf Verhandlungen mit Garang ein.

Doch die Begegnung Ende Juli in Addis Abeba war ein "Dialog von Taubstummen", so der Rebellensender "Freier Sudan" hinterher. Denn der Regierungschef war nicht in der Lage, die beiden Hauptforderungen Garangs zu akzeptieren: Abschaffung der Scharia und Umwandlung des Sudan in vier autonome Teilstaaten.

Nicht nur der Süden, so verlangen die Rebellen, sondern auch die vernachlässigten west- und zentralsudanesischen Provinzen sollen eine weitgehende Eigenständigkeit zugebilligt bekommen.

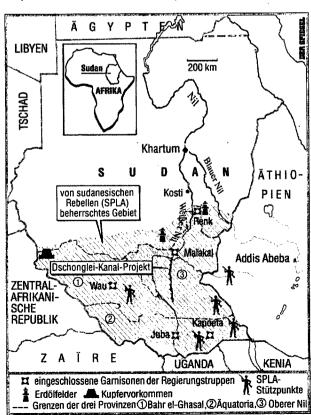
Schon kämpfen in den Reihen der Rebellen auch moslemische Westsudanesen mit. Arabischsprachige nordsudanesische Kommunisten, etwa in der mächtigen Eisenbahnergewerkschaft, liberale Politiker in der Hauptstadt, die von der Scharia angewidert sind, vor allem aber die halbe Million Südsudanesen, die in der Hauptstadt wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, gelten als Garangs heimliche Anhänger im arabischen Norden.

Die Regierung, die nach einer Kreditsperre durch den Internationalen Währungsfonds auch noch gegen eine katastrophale Wirtschafts- und Finanznot anzukämpfen hat, sucht derweil Hilfe bei einem fragwürdigen Verbündeten: Libyens Gaddafi.

Der irrlichternde Oberst durfte im Sudan Revolutionskomitees nach libyschem Muster bilden. Dafür liefert er Öl und stellte Waffenlieferungen an die südsudanesischen Guerilla-Kämpfer ein.

Doch Garang kommt wohl auch ohne libysche Unterstützung aus. Schwarzafrikanische Nachbarn, die mit dem Kampf ihrer schwarzen Brüder gegen die arabische Vorherrschaft sympathisieren, leisten diskrete Hilfe, allen voran Uganda-Staatschef Museveni, der mit Garang an der gleichen Universität in USA studiert hat, dazu Kenia und Zaïre.

Der sudanesische Informationsminister Mohammed Taufik sieht trotz des



drohenden Zerfalls der staatlichen Einheit keinen Grund, mit den "Straßenräubern" ein Arrangement zu treffen. Der Staatssender in Omdurman erklärte, die Regierung werde "kein Abkommen" mit den Rebellen respektieren.

Und Hassan el-Turabi, Führer der rechtsextremen Moslembruderschaft, sprach unverblümt aus, was der diplomatische Premier Mahdi – selber keineswegs ein religiöser Eiferer – mit Rücksicht auf das Ausland nicht sagen will: "Ein Staat, der den Islam einmal zu seiner Grundlage gemacht hat, ist nicht mehr in der Lage, dieses Prinzip jemals wieder fallenzulassen."

RUSTUNG

Alle Mann aufs Dach

Mit dem Schützenpanzer "Bradley" will die amerikanische Armee im Krieg offensiv und mobil sein. Schon zu Friedenszeiten ist das Fahrzeug lebensgefährlich.

Wenn die östliche Supermacht zum Jahrestag der Oktober-Revolution einen Teil ihres Fahrzeugarsenals über den Roten Platz rollen läßt, schauen westliche Militärbeobachter meist nur gelangweilt hin. Im November 1967 aber fuhr über den Moskauer Asphalt ein neuer Fahrzeugtyp, den auch westliche Armeen gern gehabt hätten.

Als einzige Truppe der Welt verfügte die Rote Armee mit dem präsentierten Bronevaya Maschina Pehotnaya (BMP) über einen modernen, voll ausgerüsteten Infanteriekampfwagen, der mit Nachtsichtgerät, Panzerabwehrraketen und kanone ausgerüstet war und einem ganzen Zug Infanteristen Platz bot.

Wohl konnten die meisten westlichen Armeen, so beispielsweise die deutsche und französische. den östlichen Vorsprung rasch wettmachen. Aber der große Gegenspieler der Sowjet-Union tat sich unvermutet schwer.

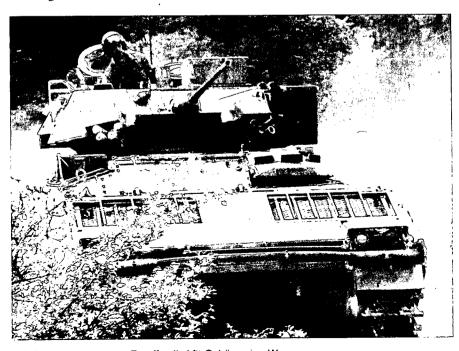
Während russische BMP-Schützenpanzer "über die Straßen von Afghanistan preschten", klagte 1980 das US-Wirtschaftsmagazin "Forbes", müßten Amerikas Soldaten mit dem veralteten, schwach bewaffneten GI-Transporter vom Typ M-113 vorliebnehmen.

Den Vorwurf, Amerika habe gegenüber der Sowjet-Union eine "Schützenpanzer-Lücke", konterte das Pentagon umgehend und gab die Produktion eines gepanzerten Infanteriekampfwagens frei. Mit seiner Entwicklung hatte die kalifornische Rüstungsfirma FMC bereits Anfang der 60er Jahre begonnen.

Von dem 22 Tonnen schweren Gefährt, nach dem Weltkrieg-II-General Omar Bradley benannt, sollen bis 1991 insgesamt 6882 Exemplare an die US-Army ausgeliefert werden. Veranschlagte Beschaffungskosten: 12,2 Milliarden Dollar. Im Krieg soll der "Bradley", so US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, "den M-1-Panzer "Abrams" auf dem Schlachtfeld begleiten und die gegnerischen Panzertruppen ausschalten".

Vorerst aber ist der Schützenpanzer, wenn nicht alles täuscht, lebensgefährlich für die, die er eigentlich schützen soll – die Infanteriesoldaten in seinem gepanzerten Innenraum.

Der jeweils dreiköpfigen "Bradley"-Besatzung und den sechs Passagier-Gls droht nach Ansicht zahlreicher Kritiker der Tod durch Erblinden, Lungenriß, Vergiftung, Brandwunden oder Ertrinken – jeweils Folgen der Konstruktionseigenheiten des "Bradley" und nicht primär gegnerischer Einwirkung. Herstel-



US-Schützenpanzer "Bradley": Mit Schürze ins Wasser



Pedus Office. Exclusive Büros zum Spartarif.

Hier ist die neue Konzeption für mehr Rentabilität im Büro:

Repräsentieren, ohne zu investieren.

Pedus Office sind exclusive Büros mit hochwertigem Interieur, modernsten Kommunikationsmitteln bis hin zu repräsentativen Konferenzräumen. Sie brauchen nicht zu investieren.

Rentabilität durch Flexibilität.

Pedus Office stellt Ihnen professionelle Mitarbeiter zur Verfügung. Je nach Bedarf: für Ihren Telefondienst, Ihre Sekretariatsarbeiten, Ihren Postversand etc. Sie bezahlen nur Ihren aktuellen Bedarf und binden sich nicht durch starre Personal-Fixkosten. Bis zu 50 % Kostenersparnis.

Mit Pedus Office können Sie weiter expandieren.

z. B., wenn Sie eine weitere Filiale oder Domiziladresse suchen oder gar eine Auslandsadresse benötigen. Pedus Office gibt es in zahlreichen Städten, im europäischen Ausland und USA.

Wir informieren Sie ausführlich über die neue Bürokonzeption. Rufen Sie uns zum Ortstarif an unter der Service Nummer 01307721.



P. Dussmann GmbH & Co. KG Pilotystr. 4 8000 München 22 Telex: 17898453 Telefax: 089/23035298